

Noch nie stützte der Staat Unternehmen so stark wie in der Coronakrise. Vor den Spätfolgen warnen ein Ökonom, ein Philosoph und ein Psychologe.

MONIKA GRAF

WIEN. Als die Regierung am 14. März 2020, dem letzten Samstag vor dem ersten Corona-Lockdown, den vier Mrd. Euro schweren „Covid-19-Krisenbewältigungsfonds“ für die Wirtschaft verkündete, klang das nach viel Geld. Kurz darauf wurde die Devise „Koste es, was es wolle“ ausgegeben. Dass Österreich 50 Mrd. Euro – zehn Prozent seiner Wirtschaftsleistung – für die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronamaßnahmen aufwenden könnte, wie jetzt budgetiert, war jedoch unvorstellbar. Noch nie sind Unternehmen so massiv vom Staat gestützt worden.

„Ich glaube, dass es viel macht in der Tiefenstruktur und Tiefenpsychologie“, sagt Michael Böheim, Senior Economist am Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo). Selbstständige, die sonst auf eigenen Füßen stehen, seien plötzlich gezwungen, Hilfen zu nehmen, und werden vom Staat abhängig. Die wenigsten seien glücklich über das Füllhorn, das sich über sie ergießt. Gerade für Liberale sei das „unerquicklich“ und werfe die Frage auf, wie lange die öffentliche Hand das durchhalte. „Das ist eine Dauermedikation, nicht Aspirin gegen Kopfweh.“

Österreich ist mit den Milliarden für die von Einreisestopps, Landerverboten, Ausgangssperren und Betriebsschließungen geschädigten Unternehmen nicht allein. Zusammen haben die 27 EU-Staaten mehr als 3000 Mrd. Euro öffentlicher Gelder bereitgestellt – befeuert durch die Geld- und (Null-)Zins-Politik der Notenbanken. Die US-Bank J.P. Morgan hat kürzlich kritisiert, dass die „Vollkasko-Marktwirtschaft“ falsche Anreize setze.

Auch hierzulande wird mit einem immer komplexeren System aus Stundungen, Garantien, Zuschüssen und Nachlässen verhindert, dass Tausende Firmen pleitegehen. Mit Erfolg: So wenig Insolvenzen wie im Coronajahr 2020 gab es zuletzt vor 30 Jahren. „Ich mag das Wort ‚alternativlos‘ nicht“, sagt der Wifo-Experte, „aber wenn weite



Teile der Wirtschaft zugesperrt sind, geht das nur mit Entschädigungen.“ Allerdings sollten die Subventionen, wie ein stark wirksames Medikament, raschestmöglich wieder abgesetzt werden. Weil sie sonst mehr schaden als helfen und weil Angebot immer Nachfrage schafft.

Derzeit deuten die politischen Signale eher auf die nächste Stufe des Staatseingriffs hin: Beteiligungen. Wien hat es bereits getan, andere Bundesländer arbeiten an entsprechenden Fonds. „Das wird einigen gefallen, rührt aber an den Grundfesten einer Marktwirtschaft“, warnt Böheim. Der Staat sollte bei der Krisenintervention wie die Sondereinheit Cobra agieren: Schnell rein, Situation bereinigen, schnell raus. Österreich habe aber keine Tradition bei Privatisierungen. „Wenn der Staat einmal drin ist, ist er gekommen, um zu bleiben.“

Der Schweizer Theologe Martin Rhonheimer, bis 2020 Professor für Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom und Präsident des

Austrian Institute of Economics and Social Philosophy in Wien, fürchtet noch andere Folgen des Staatsinterventionismus: Politiker, die schon lang mehr Eingriffe in die Wirtschaft wollten, nutzten die Coronakrise, um – notwendige – Ziele wie Klimapolitik durch die Hintertür durchzusetzen. Oder sorgten dafür, dass – mit Geld, das aus dem Nichts geschaffen wird – überkommene Strukturen erhalten bleiben. Unternehmern und Arbeitsplätze zu retten, „das schaut alles sehr sozial aus, ist es aber nicht“, sagt Rhonheimer. Weil der Zusammenhang zwischen Risiko und Haftung außer Kraft gesetzt werde, überleben nicht nur innovative und erfolgreiche Unternehmen, sondern auch weniger produktive. Zum Nachteil der Arbeitnehmer, denn damit sinken auf Dauer die Reallöhne. „Marktwirtschaft lässt sich am besten schützen, indem die Staatswirtschaft möglichst klein ist.“

Die Praxis zeigt, dass rasche Not-hilfen wie in der Coronapandemie unweigerlich ungenau und unfair

sein müssen. Vor allem wird deutlich, nicht zuletzt am Beispiel der eben zum vierten Mal verlängerten Kurzarbeit, wie schwer es ist, sie wieder zu stoppen. „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären“, zitiert Rhonheimer aus Schillers Drama „Wallenstein“.

**„Der beste Schutz für Marktwirtschaft ist eine kleine Staatswirtschaft.“**

Martin Rhonheimer, Philosoph

Erich Kirchler, Professor für Wirtschaftspsychologie an der Universität Wien, betrachtet den größten Staatseingriff in Nichtkriegszeiten eher aus der Perspektive der Betroffenen. Auch er ortet mögliche ungewollte Nebeneffekte, von Neid, weil nicht alle von den Hilfen profitieren, bis zur Vertrauenskrise gegenüber dem Staat, weil Entscheidungen nicht nachvollziehbar und nicht transparent sind. Kirchler

fürchtet auch, dass „Verhältnismäßigkeiten verloren gehen und sich Normen umkehren, sollte bei den Steuerzahlern der Eindruck entstehen, dass Geld keine Rolle spielt und Schuldenmachen kein Problem ist. Dann brauche ich nichts mehr zu leisten, sondern schau auf mich und greife schnell zu, bevor nichts mehr da ist“, sagt der Psychologe. „Wenn da die Moralgrenzen einmal verschoben sind, ist es nicht leicht, sie wieder zurechtzubiegen.“

Regierungen müssten daher „in die Glaubwürdigkeit der Maßnahmen investieren“. „Offenheit ist eine Grundvoraussetzung für Vertrauen“, sagt Kirchler, ebenso wie sehr gezielte Kontrollen und Strafen bei unrechtmäßiger Inanspruchnahme von Unterstützung – damit nicht alle als Kriminelle gelten. Wenn die Gesundheitskrise im Griff sei, „geht die Arbeit erst richtig los“. Dann müssten die Bürger erst wieder von der Notwendigkeit des Schuldens, höheren Steuern und Sparmaßnahmen überzeugt werden. „Die Frage ist, wer das versteht und dazu bereit ist.“ Die Menschen neigten dazu, zu vergessen, dass sie Maßnahmen, für die sie später zahlen müssten, ursprünglich für richtig gehalten hätten. „Dann können die Helden von gestern schnell zu Schuldigen an der Misere werden“, sagt Wirtschaftspsychologe Kirchler, dieser Prozess werde politisch noch interessant.

Wifo-Ökonom Böheim vermisst ebenfalls ein Post-Krisen-Szenario oder ein Konzept, wie man mit dem Coronavirus leben lernt. Denn weder sei realistisch, dass es ausgerottet wird, noch, dass die Pandemie mit fortgesetzten Lockdowns bekämpft werden kann. Es gehe darum, „Unternehmen wieder Unternehmen sein zu lassen“ und alle aufgeschobenen Projekte zur „Durchlüftung“ von Österreichs Wirtschaft – vom Bürokratieabbau über die Föderalismus- und Verwaltungsreform bis zur Liberalisierung der Gewerbeordnung – in Abstimmung aller Parteien anzugehen. „Dann hätte die Krise langfristig auch etwas Gutes bewirkt.“

Friedrich Oelenhainz, Detail aus «Porträt des späteren Fürsten Johann L. von Liechtenstein», 1776  
© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

VALUES WORTH SHARING

«Auf die LGT kann ich mich verlassen – auch in schwierigen Zeiten.»

Peter Bollmann, LGT Kunde seit 2009

1921 2021 100 YEARS

LGT Private Banking

lgt.at/values